

Weitblick

MITTEILUNGEN DER AFP KÄRNTEN UND STEIERMARK

Erscheinungsort Klagenfurt

Folge 126 – September 2018

Verlagspostamt 9020
p.b.b. 02Z030436 M

Ein Wald im Fußballstadion

Das, im September 2007 feierlich eröffnete, Wörthersee-Stadion ist das modernste Stadion Österreichs. Die Kosten für den Bau beliefen sich angeblich auf 66,5 Millionen Euro und wurden zu je einem Drittel von Bund, Land Kärnten und Stadt Klagenfurt getragen. Allerdings - die Kosten für die Stadt, die Bauherr war, übernahm - mangels Budget - das Land Kärnten. Neben Fußball und anderen Sportveranstaltungen finden dort auch Großkonzerte statt. Mehr als fünf Großveranstaltungen pro Jahr sind jedoch nicht erlaubt.

Kurze Zeit trug es den Namen „Hypo Alpe Adria Stadion“, nach der Hypo-Pleite hat es wieder den alten Namen angenommen, es faßt bis zu 32.000 Besucher.

Nun soll die Sportstätte für ein Kunstprojekt des Schweizer Klaus Littmann auserkoren worden sein. Im Herbst 2019 sollen etwa 200 Bäume (10 bis 13 Meter hoch) auf dem Fußballfeld gepflanzt werden - Kosten: Bis zu 1,5 Millionen Euro. Im Oktober und November 2019 soll der Wald das Stadion zum Kunstobjekt machen und eine „Konfrontation zwischen Natur und Technologie“ demonstrieren. Nach dem Projekt soll der Wald in den benachbarten Technologiepark Lakeside Park umgesiedelt und der Stadionrasen erneuert werden.

Sowohl der Künstler Littmann, als auch die Frau Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz Tschabuschnig (SPÖ) versprechen, daß für das Kunstprojekt keine öffentlichen Gelder fließen werden, weil nämlich zur Finanzierung des Projekts Firmen Baumpatenschaften um je 5.000 Euro angeboten werden sollen, einzig der Herr Landeshauptmann Kaiser (SPÖ) soll sich in der Landtagssitzung für das Kunstprojekt ausgesprochen und nicht ausgeschlossen haben, daß es eine Förderung vom Land dafür geben könnte.

Für diese Frozelei auch noch Fördergeld! Eigenes so viel der Herr Landeshauptmann über hat. Aber keinen Cent Steuergeld!

ZITAT

Giovanni Maria Ciochi Dei Monte, Papst Julius III.: „Wenn Ihr wüßtet, mit wie wenig Aufwand von Verstand die Welt regiert wird, so würdet Ihr Euch wundern.“

Stadtschreiber in Naziland

Erinnern Sie sich noch an Stefanie Sargnagl? Ja die, die beim Bachmann-Bewerb 2016 den Publikumspreis gewonnen hat (Steuergeld in Höhe von € 7.000.— plus zusätzlich von der Stadt Klagenfurt € 6.000.—, sowie einem Reisestipendium in Höhe von € 1.500.— vom Ministerium für Kunst und Kultur) und dafür zusätzlich ein halbes Jahr lang als Klagenfurter Stadtschreiberin kostenlos das, im städtischen Eigentum befindliche, „Künstleratelier“ im Klagenfurter Europahaus bewohnen durfte. Die sich in der Zeit auf „Sauf- und Kiffurlaub“ nach Marokko begab, wo sie lt. eigenen Angaben auch eine Babykatze getreten und mit dem Muezzin geschmust hat.

Nach diesen weltbewegenden künstlerischen Tätigkeiten ist es still um die „Künstlerin“ geworden. Im Frühling 2018 schließlich hörte man, daß die Autorin nach ihrer Alkohol-Therapie im „Standard“ ein Reisetagebuch veröffentlichte, in dem sie über das „Naziland Österreich“ erzählt. Mit der Beschreibung der Österreicher: „ein chauvinistisches, chronisch untersetztes, vogelnasiges Bauernvolk“ beweist sie eindrucksvoll ihre rassistischen Fähigkeiten.

Aber jetzt hat die gute Frau ein Problem. Der lukrative Stadtschreiberposten ist für sie Geschichte.

Den nimmt nun - nach dem jüngsten Bachmann-Bewerb - die Salzburgerin Raphaela Edelbauer mit allen dazugehörigen Annehmlichkeiten in Anspruch. Wie heißt es dazu in der Krone: „Raphaela Edelbauer, die einzige Österreicherin des Wettlesens, die „Das Loch“ ihres Textes souverän mit NS-Massenmord und Alltäglichem füllt.“

Eine wahrlich würdige Nachfolgerin, die genau weiß, wie man hierzulande Preise gewinnt.

Gehorsam halten

Was man uns täglich vorsetzt, ist ein sehr genau gefilterter Teil an Informationen, die dem Machterhalt des Systems dienen.

„Die Massenmedien im eigentlichen Sinn haben im Wesentlichen die Funktion, die Leute von Wichtigerem fernzuhalten. Sollen die Leute sich mit etwas anderem beschäftigen, Hauptsache, sie stören uns nicht - wobei, uns' die Leute sind, die das Heft in der Hand halten. Wenn sie sich zum Beispiel für den Profisport interessieren, oder die Probleme der Prominenten ist das ganz in Ordnung. Es ist egal, wofür die Leute sich interessieren, solange es nichts Wichtiges ist.“

So erklärt der gefeierte Linksintellektuelle, Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology, Noam Chomsky das Vorgehen der Systemmedien, bestimmte Ereignisse - betreffend Ausländerkriminalität, Massenzuwanderung oder Niveausturz an Schulen durch Zuwandererkinder nicht anzusprechen, zu verschweigen und Kritiker ins Extremisteneck zu stellen nach dem Motto: „Rechts zu sein ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“.

„Der schlaueste Weg, Menschen passiv und gehorsam zu halten, ist, das Spektrum an akzeptabler Meinung streng zu beschränken, aber eine sehr lebhaft debattierbare innerhalb dieses Spektrums zu ermöglichen. Das gibt den Menschen ein Gefühl, daß es ein freies Denken gibt, während die Voraussetzungen des Systems durch die Grenzen der Diskussion gestärkt werden“ so Chomsky.

ZITAT

Kulturminister Gernot Blümel (ÖVP): „Wenn wir im Gedenkjahr von Aufarbeitung sprechen, dann ist es unsere Pflicht, daß wir uns den Ereignissen von damals in ihrer Tiefe widmen.“

„Die Kunst sei in den totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts „als Mittel zum Zweck gesehen“ worden - um zu bestätigen, was das jeweilige System als wahr angesehen habe. Daraus könne man lernen: Wenn Kunst als politisches Mittel verstanden wird, begünstige man damit eine gefährliche Entwicklung.“

Österreichs Grüne schaffen das jetzt

Die Frau Kanzlerin Merkel aus der BRD ist etwas leiser geworden mit „Wir schaffen das“ - Sprüchen. Konkurrenz hat sie jetzt in Österreich bekommen.

Im Juni preschte unser ehemals grüner Herr Bundespräsident Van der Bellen mutig vor: „Mit den Menschen, die jetzt in unserem Land Asyl oder einen anderen Aufenthaltsstatus bekommen haben, wird es dauern, aber im Lauf der Zeit werden wir das gut schaffen. Die Kinder werden in den Kindergarten und in die Schule gehen, mit der Integration der Älteren wird es ein wenig länger brauchen. Aber wir werden das schaffen, so wie wir es in der Vergangenheit geschafft haben. Nur soll es sich nicht ständig wiederholen.“

Und wir merken wohl, daß es ihm nicht nur – wie er anfangs betont – um die „Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention“, sondern auch „um die mit einem anderen Aufenthaltsstatus“ geht. – Also, alles herein, er schafft das!

Und weil der Herr Präsident so mutig vorangeschritten ist, folgte ihm brav der grüne Umweltlandesrat aus Oberösterreich, Rudi Anschöber, nach. „Gemeinsam können wir das schaffen!“ meinte er leutselig und berief sich dabei auf 900 Asylanten, die derzeit in Österreich eine Lehrausbildung machen. „Seit 2012 wurde dieser Zugang zur Ausbildung von der damaligen Bundesregierung eröffnet.“

Mit dieser Öffnung in den Arbeitsmarkt wurde dem rechtsstaatlichen Asylverfahren vorgegriffen und vollendete Tatsachen geschaffen, die jetzt die österreichischen Steuerzahler „schaffen“ sollen.

Zur Erinnerung

In der Regierungsklausur im Herbst 1988 waren die Weichen in Richtung multinationaler Staat gestellt worden. Der nicht zuletzt durch die kriminelle Familienpolitik der Sozialisten mitverursachte Bevölkerungsschwund sollte durch verstärkte Einwanderung ausgeglichen werden. Dabei sollten die Fremden, so der damalige Innenminister Karl Blecha (SPÖ), im wesentlichen aus drei Gebieten kommen:

1. Aus Osteuropa, 2. aus der islamischen Welt und 3. aus Schwarzafrika.

WEM NÜTZT DAS ?

„Wenn es Euch schlecht geht, kommt nach Deutschland. Dort seid Ihr willkommen. Ihr bekommt Geld ohne Arbeit, gute Krankheitsbehandlung, Familiennachzug und Kindergeld, ein Haus und ein Auto!“

Wer steckt hinter solchen in Nord- und Schwarzafrika verbreiteten Werbeparolen zum Massenaufbruch nach Deutschland? Wer sind die Profiteure dieser Migrationsflut?

100 Millionen für Wohnungen

In den nächsten fünf Jahren sollen in Kärnten 830 neue Wohnungen errichtet werden. Das Investitionsvolumen: 100 Millionen Euro.

Die Kärntner Landeswohnbau mit den gemeinnützigen Bauträgern Neue Heimat, Kärntner Heimstätte und GWG Villach wollen vor allem in Grafenstein, Pischeldorf, Liebenfels, Millstatt und Viktring neue Wohnungen errichten.

Wenn man bedenkt, daß die autochthone Bevölkerung schon lange nicht mehr zunimmt, können diese vielen neuen Wohnungen wohl nur für „Menschen mit Migrationshintergrund“ bestimmt sein. Woher diese Menschen wohl soviel Geld haben? Oder wird die einheimische Bevölkerung ihnen die neuen Wohnungen schenken, und jedem auch ein neues Auto samt Betriebskosten dazu, damit sie nicht in den Dörfern versauern müssen, sondern auch die Vergnügungen des Stadtlebens voll auskosten können?

Was soll das?

Empörung im Bundestag: Die AfD stellte einen Antrag, demzufolge auch Deutsche im eigenen Land vor Hetze geschützt werden sollen. Der § 130 StGB (Volksverhetzung) sollte entsprechend geändert werden.

Der Antrag wurde abgelehnt! Hetze gegen Deutsche ist nicht strafbar.

Sind denn die Deutschen kein Volk?

VOM DATENSCHUTZ

Alle privaten Unternehmen quälen sich derzeit mit einer wahnwitzigen Datenschutz-Verordnung. Ausgerechnet in dieser Phase erhalten die Gebühren-Eintreiber der öffentlich-rechtlichen Sender von den Meldeämtern die Daten aller Bundesbürger. Die von der staatlichen Zwangsgebühr mit neun Milliarden Euro jährlich dotierten Sender genießen im Hinblick auf den Datenschutz eine Sonderstellung. Die Bürger haben kein Rechtsmittel gegen diesen Daten-Transfer, genauso wenig, wie sie wissen, was mit den Daten nach dem „Abgleich“ geschieht.

Alles für die Künstler

Im Jahr 1994 hat die Stadt Klagenfurt – wohl mit Steuergeld - um 300.000 Schilling eine Wohnung in der französischen Hauptstadt Paris gekauft. Wofür wir uns ein solches Luxusobjekt, das seitdem abwechselnd von Stadt Klagenfurt und Land Kärnten „beschickt“ wird leisten, erklärt die derzeitige Frau Bürgermeisterin Maria Luise Mathiaschitz Tschabuschnig folgendermaßen:

„Die Wohnung steht nur Künstlern zur Verfügung. Die monatlichen Kosten belaufen sich auf 490 Euro, die muß der Stipendiat tragen.“ 490 Euro im Monat – in Paris - das ist günstig. Und wer ein Künstler ist, und wer dieses Angebot nutzen darf bestimmen abwechselnd die Frau Bürgermeisterin (SPÖ) und der Herr Landeshauptmann (SPÖ).

Im Folgenden ein Auszug aus der Liste der „Stipendiaten“, die das Angebot schon genutzt haben: Peter Krauwagna, Paul Kulnig, Ulrich Plieschnig, Wolfgang Walkensteiner, Arno Pobodnig, Gudrun Kampl, Inge Vavra

TÄUSCHEN UND TRIXEN

Die Eltern des 16jährigen Tschetschenen, der in Wien das siebenjährige Nachbarmädchen brutal ermordet hat, sind 2004 von Tschetschenien nach Wien eingewandert und haben, um „gesellschaftlich nicht benachteiligt zu sein, ihren alten Familiennamen abgelegt und einen typisch österreichischen Namen angenommen“.

Die wundersame Vermehrung

Die Zahl der im Ausland lebenden Kinder, für die Österreich Familienbeihilfe auszahlt, hat sich seit Beginn des Jahrhunderts fast verundertfacht.

Wie der Rechnungshof berichtet, haben 2002 rund 1.500 im Ausland lebende Kinder Familienbeihilfe bezogen, 2016 waren es an die 130.000.

Kontrolle gibt es offenbar gar nicht. 18 Jahre lang wurden keinerlei Überprüfungen vorgenommen, ob ein Anspruch möglicherweise weggefallen wäre.

Impressum: WEITBLICK – Herausgeber: AFP Kärnten, Medieninhaber: Ingrid Kraßnig (vormals Sepp Kraßnig). Alle einschließlich Redaktion: 9020 Klagenfurt, B. Schwarzstr. 33. Höhe der Beteiligung 100 Prozent. Druck: Digitalcenter Repa Copy, 9020 Klagenfurt. Blattlinie: Der WEITBLICK tritt für die Grund- und Freiheitsrechte aller Völker ein. Für Spenden aus EU-Ländern vermerken Sie bitte folgende Nummern: PSK Kto. 75.505.994, BIC : OPSKATWW, IBAN: AT6660000000075505994.

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT IHRER SPENDE

Oma-Künstler gegen rechts

„Es genügt manchen Künstlern nicht, ihre Arbeit zu tun. Sie müssen unbedingt auch etwas Politisches im Sinn haben, selbst wenn sie keine Vorstellung davon haben, was das sein könnte. „Omas gegen rechts“ haben ein Pendant: Nennen wir sie die „Oma-Künstler gegen rechts“. Es sind vor allem Schriftsteller, aber auch bildende Künstler, die glauben, daß sie kraft ihres Künstlerseins eine politische Mission haben.“

Schreibt Hans Winkler in der linksliberalen Presse – und weiter: „Die Mission richtet sich natürlich gegen „rechts“, also gegen die gegenwärtige Regierung, jedenfalls aber gegen die FPÖ. Bei der ÖVP sind sich manche nicht ganz so sicher, denn sie stellt den Kulturminister, von dem man ja einmal etwas brauchen könnte.“

Als eine „Kampfansage an die nationale Rechte“ wurde die Rede bezeichnet, die der deutsch-türkische Schriftsteller Feridun Zaimoğlu, der schnell mit dem Verdikt „Neonazi“ gegen jemanden bei der Hand ist, den er für nicht von seiner Denkart hält, bei der Eröffnung des Bachmann-Wettbewerbs in Klagenfurt gehalten hat.

Zaimoğlu hat den Patrioten als Feind entdeckt. Er nennt ihn einen „wahnverstrickten Kleingeist“. Diesem Minderwertigen, der angeblich von einem „Reich der Untertanen“ träumt, in dem „Männer mit säuischer Natur herrschen“, setzt er sich und andere Lichtgestalten entgegen, die „aus der Schrift geboren sind“. Gegen die Nation, das Volk, die Geschichte imaginiert Zaimoğlu eine Art von übernationaler Identität. „Niemals“, so behauptet er von sich und seinen Kollegen, „schreiben wir den Verzweifelten eine Abart zu“.

Dem Patrioten, den er sich zum Feindbild erkoren hat, darf er – siehe oben – selbstverständlich jede Abart zuschreiben. Wenn's gegen die Richtigen geht, ist eben alles erlaubt.“

ZITAT

Friedrich Nietzsche: „Sie haben etwas, worauf sie stolz sind. Wie nennen sie es doch, was sie stolz macht? Bildung nennen sie's, es zeichnet sie aus vor den Ziegenhirten.“

Ferienparadies zerstört

Lampedusa war einst ein Ferienparadies. Mit der „Flüchtlingskrise“ wurde es zu einem Synonym für Elend und Tod. Jetzt wollen die Bewohner ihr altes Leben zurück.

Ab 2011 war die Insel die erste Station für Asylwerber in Europa. Es gab Zeiten, in denen da mehr Asylwerber als Lampedusiani lebten. Sabrina, Inhaberin eines Obststandes erzählt: „Wir haben den Fremden Essen und Kleidung gegeben, wir ließen sie in unseren Wohnungen schlafen, wenn das Aufnahmезentrum wieder einmal überfüllt war. Giusi Noline, die einstige Bürgermeisterin hatte uns gebeten, der Humanität eine Chance zu geben.“ Dafür wurden der Frau Bürgermeisterin Friedenspreise verliehen, der Papst überschüttete sie mit Lob, 2016 war sie bei Ex-US-Präsident Barack Obama eingeladen.

Aber, so die Frau mit dem Obstladen, „letztlich führte uns ihr Kurs ins Chaos, in die Anarchie, in die Not. Die Jungen wanderten ab, Lokale, Hotels, Shops gingen in Konkurs, die Kriminalitätsrate stieg dramatisch an.“

Dem kollektiven Mitleid folgte schließlich ein Gefühl der Ausweglosigkeit und der Wut.

2017 wurde die Bürgermeisterin Giusi Nicolini abgewählt, der jetzige Bürgermeister gewann sein Amt mit dem Slogan: „Wir zuerst.“

Afrikaner sind auf den Straßen kaum noch zu sehen. Wenn doch, gehören sie zu den wenigen, die hier bereits vor Jahren eine neue Heimat gefunden haben. Wie eine junge Senegalesin. 2013 suchten sie und ihr Mann auf der Insel um Asyl an. Er ist nun Hafenarbeiter, sie bastelt Modeschmuck. Für die vielen Touristen, die – das hatte man ihr versprochen – bald auf der Insel sein werden. Wann das wohl sein wird?

Große Zeiten

Die Zeit ist viel zu groß, so groß ist sie.
Sie wächst zu rasch. Es wird ihr schlecht bekommen.
Man nimmt ihr täglich Maß und denkt beklommen:
So groß wie heute war die Zeit noch nie.

Sie wuchs, sie wächst. Schon geht sie aus den Fugen.
Was tut der Mensch dagegen? Er ist gut.
Rings in den Wasserköpfen steigt die Flut.
Und Ebbe wird es im Gehirn der Klugen.

Der Optimistfink schlägt im Blätterwald.
Die guten Leute, die ihm Futter gaben,
sind glücklich, daß sie einen Vogel haben.
Der Zukunft werden sacht die Füße kalt.

Wer warnen will, den straft man mit Verachtung.
Die Dummheit wurde zur Epidemie.
So groß wie heute war die Zeit noch nie.
Ein Volk versinkt in geistiger Umnachtung.

Erich Kästner

Slowenien versagt Anerkennung

„Die deutsche Volksgruppe in Slowenien ist noch immer Diskriminierungen im täglichen Leben ausgesetzt und nicht als autochthone Volksgruppe anerkannt“ kritisierten die Abgeordneten Josef A. Riemer (FPÖ) und Reinhold Lopatka (ÖVP) in der Entschließung des Nationalrats. Slowenien sei gefordert, der deutschen Volksgruppe dieselben Rechte einzuräumen wie der italienischen und der ungarischen.

ZITAT

Wladimir Illjitsch Uljanow – genannt Lenin: „Ist nicht sofort ersichtlich, welche politischen oder sozialen Gruppen, Kräfte oder Größen bestimmte Vorschläge, Maßnahmen usw. vertreten, sollte man stets die Frage stellen: Wem nützt es?“

Es wollen manche grünen Roten,
daß sich die Schüler selbst benoten.
Der Grundsatz wäre ausbaufähig.
Bereits die nächste Stufe seh' ich:
Hinweg mit allem Bildungsdrill!
Man geht zur Schule – wenn man will.
Doch dann die Arbeit? Kein Problem!
Das Leben ist sehr angenehm.
Sie fordern ja seit langem schon
den arbeitslosen Basislohn.

Wolf Martin

Über 31.000 Wissenschaftler

unterzeichneten eine Petition: Die Hypothese der von Menschen verursachten globalen Erderwärmung ist falsch! Maßnahmen zur Minderung der CO2-Emissionen sind überhaupt nicht erforderlich. Durch diese sinnlosen Maßnahmen werden die Bürger mit 2 – 3 Billionen Euro belastet.

Wohin das Geld wohl fließt?

ZITAT

Prof. Irenäus Eibl-Eibesfeldt: „Sie können mit allen Völkern friedlich zusammenleben, wenn diese Völker nur ihre eigenen Territorien haben. Ist es vernünftig, wenn man sein eigenes Aussterben betreibt? Die genetische Verdrängung der Mitteleuropäer.“

HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT ?

Alliierte Fälschung von Akten des Auswärtigen Amtes

„Vor, in und nach den beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts wurden viele Akten gefälscht, besonders zahlreiche im Zusammenhang mit den Nachkriegsprozessen gegen deutsche Politiker, Militärs und Wirtschaftler.

Auf eine solche Fälschung weist der Bundeswehrgeneral Gerd Schultze-Rhonhof als Beispiel im Vorwort seines Buches zur Kriegsschuldfrage hin. In der Veröffentlichung der Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), die in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts als amtliche Dokumentation des Auswärtigen Amtes in Bonn erschienen, fiel ihm auf, daß sie „von amerikanischen, englischen und französischen Wissenschaftlern und Archiven herausgegeben worden“ sind, also von Vertretern der Siegermächte. Er meint dazu: „Es darf nicht wundern, daß die Akten dabei zugunsten der Sieger ausgewählt und auch ‚gewaschen‘ worden sind.“

Er greift einen Fall auf: „So fehlt in diesem Nachdruck zum Beispiel die erste offizielle Drohung, wegen Danzig Krieg zu führen. Sie wurde im März 1939 vom polnischen Botschafter in Berlin ausgesprochen, noch ehe Hitler der Wehrmachtsführung den Befehl gab, einen Krieg gegen Polen vorzubereiten. Es gibt jedoch die Veröffentlichung derselben Dokumente aus dem Jahre 1939, die diese Drohung noch enthält.“

In dem betreffenden Dokument des deutschen Auswärtigen Amtes über eine – so die Überschrift – „Unterredung des Reichsministers des Auswärtigen mit dem Polnischen Botschafter, 26. März 1939“, unterzeichnet mit „VON RIBBENTROP“, heißt es an der betreffenden Stelle: „Nachdem ich (von Ribbentrop) von dem Inhalt (eines von Lipski überreichten Memorandums der polnischen Regierung) Kenntnis genommen hatte, erwiderte ich Lipski, daß nach meiner persönlichen Auffassung die polnische Stellungnahme keine Basis für eine deutsch-polnische Lösung darstellen könne. Die einzig mögliche Lösung des Problems müsse in der Wiedervereinigung Danzigs mit dem Deutschen Reich und der Schaffung einer exterritorialen Auto- und Eisenbahnverbindung zwischen dem Deutschen Reich und Ostpreußen bestehen. Herr Lipski entgegnete, er habe die unangenehme Pflicht, darauf hinzuweisen, daß jegliche weitere Verfolgung dieser deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückkehr Danzigs zum Reich betreffen, den Krieg mit Polen bedeute.“

Polen zeigte sich also den gemäßigten und berechtigten deutschen Forderungen gegenüber völlig unzugänglich und drohte mit Krieg. Daß diese frühe Kriegsdrohung den Siegermächten unangenehm war, ist verständlich. Die alliierten Bearbeiter wollten also ganz offenbar diese erste Kriegsdrohung unterschlagen und in Vergessenheit geraten lassen – eine bezeichnende Manipulation, um eine Entlastung für das Reich zu verbergen. Es sollte die Kenntnis davon unbekannt bleiben, daß Polen schon früh und als erster Beteiligter mit Krieg gegen Deutschland drohte.“

Rolf Kosiek

Freispruch für Identitäre

Wegen Verhetzung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung waren 17 Mitglieder der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ) angeklagt.

Die 17 Angeklagten sind bei einem, wie die Kronenzeitung meldet, „Marathon-Prozess“ (10 Verhandlungstage) im Grazer Straflandesgericht freigesprochen worden.



lesen Sie auch

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flug-schriften! Besuchen Sie uns im Internet: <http://volksherrschaft.info>

Kurioses aus „Naziland“

„Mit den Worten meiner Mutter: Das sind Gesinnungslumpen!“ wettete der „bekennende Verweigerer des braunen Kärntner Anzugs“, Peter Kaiser, über seinen ehemaligen Parteigenossen und Spittaler Bürgermeister Gerhard Köfer und dessen damaliges Team Stronach, worauf ihm Köfer „Nazi-Diktion“ vorwarf, weil angeblich Propagandaminister Joseph Goebbels immer von Gesinnungslumpen sprach.

ZITAT

Johann Wolfgang von Goethe: „Nichts ist zarter als die Vergangenheit. Rühre sie an wie ein glühend Eisen; denn sie wird dir sogleich beweisen, du lebest auch in heißer Zeit!“

Es wird gezündelt

Polen treibt mit EU-Geldern die militärische Partnerschaft mit den USA voran und hat mit den USA einen Vertrag über die Lieferung von Flugabwehrraketen in Milliardenhöhe abgeschlossen. Eingesetzt werden sollen sie gegen Rußland.

Bis 2020 erhält das Land EU-Subventionen in Höhe von 82,5 Milliarden Euro – so viel wie kein anderer Mitgliedsstaat. Demgegenüber steuerte Polen 2016 nach einer Auflistung des EU-Parlaments 3,55 Milliarden Euro zum EU-Haushalt bei.

Die Schulden laufen aus dem Ruder

Gleichzeitig ziehen sich in großem Stil Investoren aus US-Staatsanleihen zurück. Seit Mitte März bietet China erstmals Erdöl-Termingeschäfte in Yuan an und an der Rohstoffbörse in Schanghai sind erstmals Rohöl-Termingeschäfte in Yuan abgewickelt worden. Zu den ersten Käufern von Terminkontrakten gehörten mit Glencore und Trafigura zwei der größten Rohstoffkonzerne der Welt. Bislang wird Rohöl globalweit überwiegend in Dollar gehandelt. Dieses sogenannte Petrodollar-System ist eine tragende Säule der Weltgeltung des US-Dollars. Auch der Iran will seinen Außenhandel von US-Dollar auf Euro umstellen. Der Ausschluß von Dollar aus den Handelsgeschäften schwächt die Stellung des global vorherrschenden Petrodollar-Systems, weil der Iran zu den weltgrößten Produzenten von Rohöl und Erdgas gehört. Es wird eng für die USA.

ZITAT

Wladimir Illjitsch Uljanow – genannt Lenin: „Schlimmer als blind sein ist nicht sehen wollen.“

Kein Kompromiß

Ungarns Premierminister Viktor Orban stellte in einer Rede klar, daß es in der Migrationsfrage keinen Kompromiß geben werde, denn es gebe schließlich kein einziges Dokument in dem stehe: „Wenn du der Europäischen Union beitrittst, mußt du zu einem Einwanderungsland werden. Als wir beitraten, haben wir uns zu nichts dergleichen verpflichtet. Es gibt eben Länder, in denen man die Migranten mit Freude begrüßt, sich mit ihnen vermischen will und sie integrieren möchte, und es gibt Länder, die keinen Bedarf an Migranten haben, sich nicht mit ihnen vermischen möchten, daher kann auch ihre Integration nicht in Frage kommen.“

KOMMENTARE
ZUM ZEITGESCHEHEN